

Analysen

 **Bank Austria**
Member of  **UniCredit**

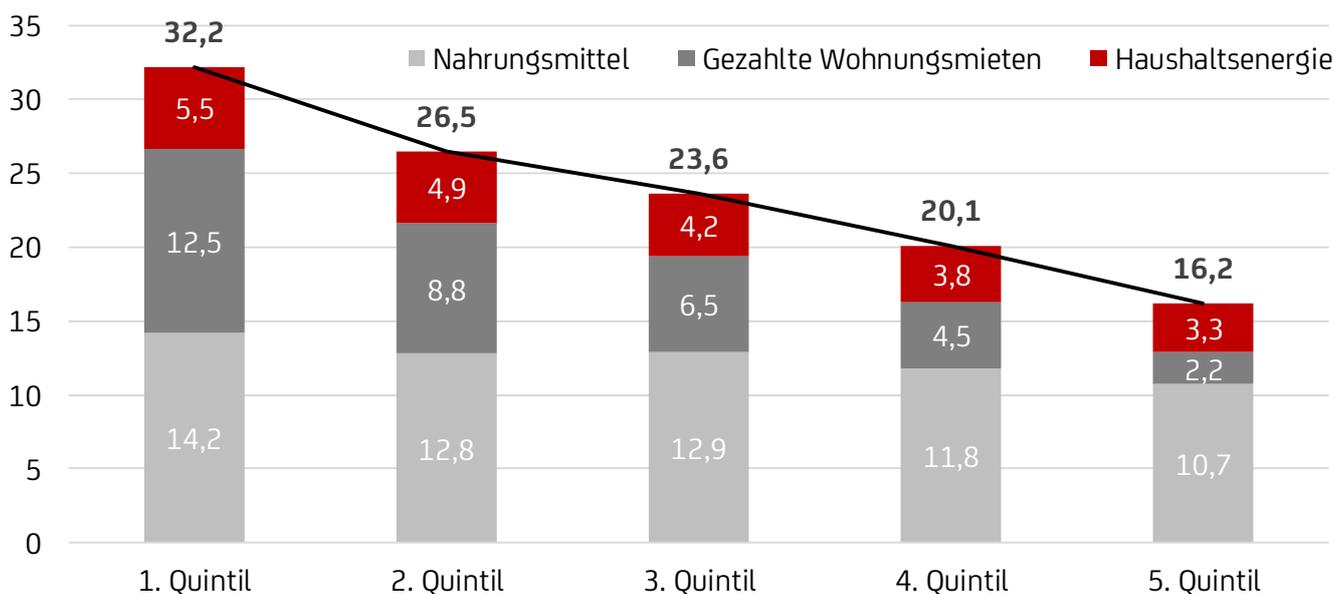
März 2022

**Anstieg der Lebens-
haltungskosten belastet
Österreichs Haushalte**



ÜBERDURCHSCHNITTliche BELASTUNGEN FÜR EINKOMMENSCHWACHE HAUSHALTE DURCH STEIGENDE INFLATION

Anteil der notwendigen Lebenshaltungskosten an den gesamten Haushaltsausgaben (% in Quintilen, 2020)



Quelle: Statistik Austria 2020, UniCredit Research

- Die notwendigen Lebenshaltungskosten für Nahrungsmittel, Wohnenergie und Mieten nehmen stark zu, zusätzlich befeuert durch den Ukraine-Konflikt, der die Gas- und Strompreise auf Rekordhöhe gebracht hat. Die gestiegenen Großhandelspreise ziehen in die Verbraucherpreise für Nahrungsmittel mittlerweile ein. Die Inflation ist im Februar 2022 auf 5,9 Prozent im Jahresvergleich gestiegen.
- Diese Preisanstiege treffen die einkommensschwächsten Bevölkerungsgruppen unverhältnismäßig stark. Der Anteil an den gesamten Haushaltsausgaben des untersten Einkommensquintil für die essenziellen Lebenshaltungskosten (Haushaltsenergie, Miete und Lebensmittel) beträgt fast 1/3. Das oberste Einkommensquintil wendet für diese Ausgaben mit 16 Prozent der gesamten Haushaltsausgaben nicht einmal die Hälfte auf.
- Die unterschiedlichen Ausgabenanteile für stark steigende Lebenshaltungskosten der einzelnen Einkommensgruppen haben wichtige makroökonomische Auswirkungen. Fiskalische Maßnahmen zur Abmilderung der steigenden Lebenshaltungskosten sollten nicht nur aus Gründen der Fairness, sondern auch aus wirtschaftlichen Gründen auf die niedrigsten Einkommensgruppen und zielgerichtet auf notwendige Lebenshaltungskosten ausgerichtet bleiben.

Autor: Walter Pudschedl

Impressum
Herausgeber, Verleger, Medieninhaber:
UniCredit Bank Austria AG
Economics & Market Analysis Austria
Rothschildplatz 1
1020 Wien
Telefon +43 (0)50505-41957
Fax +43 (0)50505-41050
E-Mail: econresearch.austria@unicreditgroup.at

Stand: März 2022

Erholung aus der Pandemie, Lieferengpässe und Ukraine-Konflikt treiben Preise nach oben

Die Lebenshaltungskosten steigen in Österreich derzeit rasant an. Im Februar 2022 ist die Teuerung um 5,9 Prozent im Jahresvergleich gestiegen. Besonders stark sind aufgrund der Eskalation des Ukraine-Konflikts die Energiepreise nach oben geklettert. Wohnenergie verteuerte sich um 25,3 Prozent im Jahresvergleich. Zu einem besonders starken Preisausschlag kam mit einem Plus um 48,9 Prozent zum Vorjahr bei Flüssigbrennstoffen. Auch der Gaspreis stieg bedingt durch die erhöhte Versorgungsunsicherheit mit 64,3 Prozent besonders stark an. In Folge des Gaspreisanstiegs klettert auch der Strompreis nach oben (+14,9 Prozent zum Vorjahr). Der Preisanstieg bei Treibstoffen verursacht durch den zwischenzeitlichen Anstieg der Rohölpreise auf sogar 130 US-Dollar pro Barrel betrug im Februar 2022 hohe 29,1 Prozent im Jahresvergleich. Der Kostenanstieg durch den schon längere Zeit anhaltenden Anstieg der Energiepreise schlägt mittlerweile kräftig auf die Nahrungsmittelpreise für Endverbraucher durch. Die Preise für Lebensmittel haben im Februar um 4,3 Prozent gegenüber dem Vorjahr zugenommen und aufgrund des Ukraine-Konflikts ist mit weiter steigenden Nahrungsmittelpreisen zu rechnen, da die Ukraine bisher ein globales Schwergewicht bei Weizen- und Maisexporten und die Versorgungssicherheit in Frage steht. Geringfügig gesunken sind dagegen die tatsächlich bezahlten Mieten im Februar um rund 2 Prozent im Jahresvergleich gestützt unter anderem durch das Aussetzen der Richtwertmietenerhöhung im vorigen April. Allerdings sind die Mieten auf längere Sicht starke Treiber der Lebenshaltungskosten gewesen. Allein in den vergangenen fünf Jahren von 2017 bis 2021 stiegen die Mieten in Österreich um über 18 Prozent bzw. mehr als 3 ½ Prozent jährlich bei einer allgemeinen Inflation von nur 2 Prozent im gleichen Zeitraum.

Beschleunigung des Anstiegs der Lebenshaltungskosten durch Ukraine-Konflikt

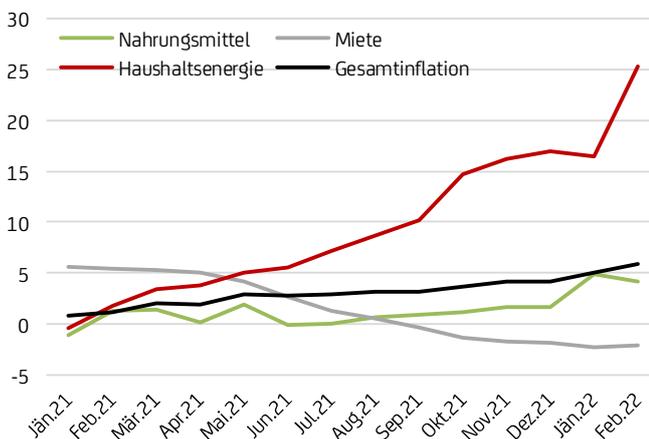
Energiepreise steigen besonders stark an

Steigende Lebenshaltungskosten belasten einkommensschwache Haushalte stärker

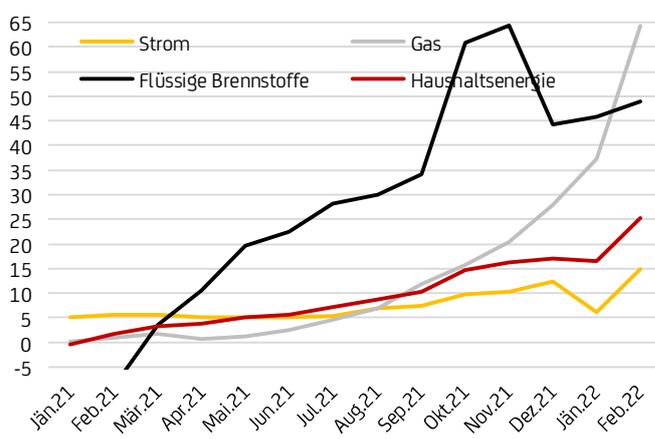
Die aktuellen Preisanstiege stellen insbesondere für einkommensschwache Haushalte eine besonders hohe Belastung dar. Haushalte mit geringeren Einkommen müssen einen überdurchschnittlich hohen Anteil ihrer Haushaltsausgaben für essenzielle Lebenshaltungskosten, wie Miete, Nahrungsmittel und Wohnenergie aufwenden. Für das unterste Einkommensquintil, also jene 20 Prozent der österreichischen Haushalten mit dem niedrigsten Einkommen, macht dieser Posten insgesamt fast ein Drittel der gesamten Haushaltsausgaben aus. Für das oberste Einkommensquintil beträgt der Anteil an den essenziellen Lebenshaltungskosten hingegen mit 16 Prozent nur die Hälfte.

Anteil an notwendigen Haushaltsausgaben für einkommensschwache Haushalte doppelt so hoch wie für einkommensstarke Haushalte

Grafik 1: Preisentwicklung bei Lebenshaltungskosten
(Veränderung zum Vorjahr in %)



Grafik 2: Preisentwicklung bei Haushaltsenergie
(Veränderung zum Vorjahr in %)



Quelle: Statistik Austria, UniCredit Research

Für Haushalte im obersten Einkommensquintil machen Lebenshaltungskosten nur ein Fünftel der individuellen Gesamtinflation aus, für das unterste Einkommensquintil dagegen fast 30 Prozent.

Einkommensschwache Haushalte haben keine Reserven zum Ausgleich des Anstiegs der Lebenshaltungskosten

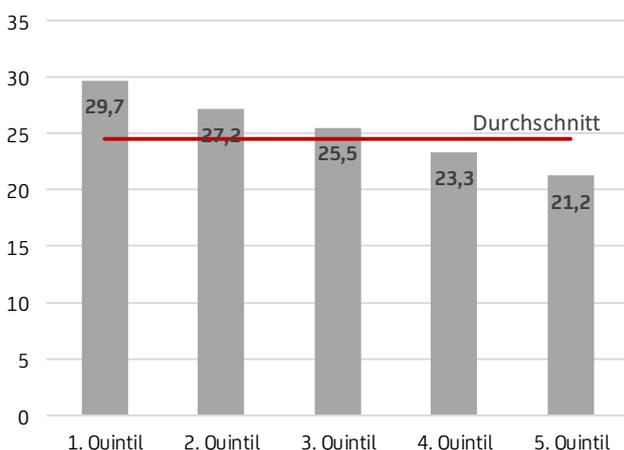
Die starken Preisanstiege der essenziellen Lebenshaltungskosten zeigen unter Berücksichtigung der unterschiedlich hohen Anteile an den Verbrauchsausgaben der einzelnen Haushalte einen deutlich stärkeren Preisauftrieb für Haushalte in den unteren Einkommenssegmenten. Im Durchschnitt beträgt der Anteil der essenziellen Lebenshaltungskosten 22 Prozent der gesamten Haushaltsausgaben in Österreich. Daraus ergibt sich aufgrund der aktuellen Inflationswerte ein Einfluss dieser Kategorien auf die Gesamtinflation, der mit 24,5 Prozent über dem Durchschnitt liegt. Während für die Haushalte im obersten Einkommensquintil die Lebenshaltungskosten nur für etwa ein Fünftel der individuellen Gesamtinflation verantwortlich sind, liegt dieser Anteil im untersten Einkommensquintil hingegen bei fast 30 Prozent.

Die starke Belastung durch die hohen Preisanstiege der Lebenshaltungskosten für Haushalte in den unteren Einkommenssegmenten wird vor allem deutlich unter Berücksichtigung der absoluten Einkommensverhältnisse. Gegliedert in Quintile betragen für die einkommensschwächsten zwanzig Prozent der Haushalte die monatlichen Haushaltsausgaben weniger als 1800 Euro, für die einkommensstärksten zwanzig Prozent der Haushalte hingegen deutlich über 5000 Euro. Bei Gegenüberstellung der durchschnittlichen monatlichen Haushaltsausgaben mit den Haushaltseinkommen zeigt sich, dass im untersten Einkommensquintil die Ausgaben sogar die Einkommen übersteigen. Dies ist möglich, da insbesondere größere Anschaffungen oft durch alternative Geldquellen, wie Sparguthaben, Schenkungen, Erbschaften oder Kredite, finanziert werden und andererseits die Einkommen aufgrund fehlender Informationen zu privaten Transfers oder Vermögenseinkünften nicht in voller Höhe erfasst sein dürften. In den einkommensstärksten Haushalten liegen dagegen die Einkommen zum Teil deutlich über den Haushaltsausgaben, da ein steigender Teil der Einkommen gespart wird. Da die untersten Einkommensquintile kaum über Ersparnisse verfügen, kann der starke Preisanstieg der Lebenshaltungskosten nicht durch Reserven ausgeglichen werden, sondern führt direkt zu einer Einschränkung des Konsums.

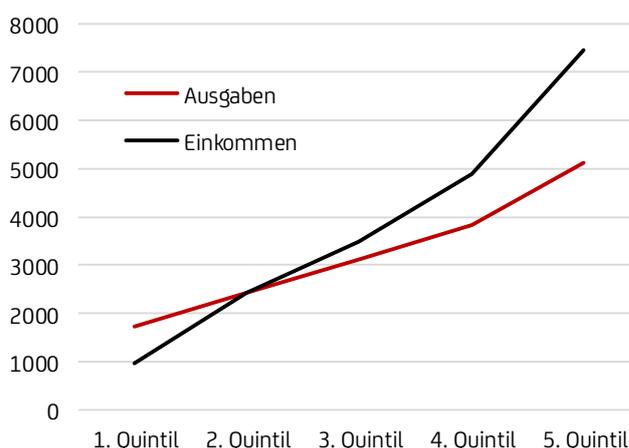
Anstieg der Treibstoffpreise trifft einkommensstarke Haushalte überdurchschnittlich

In unserer Analyse haben wir zu den notwendigen Lebenshaltungskosten die Ausgaben für Treibstoffe für den Betrieb von privaten Verkehrsmittel, die aufgrund des starken Anstiegs des Rohölpreises im Februar um fast 30 Prozent im Jahresvergleich zugelegt haben und besonders stark öffentlich diskutiert werden, nicht inkludiert, da dafür in den meisten Fällen Alternativen durch den öffentlichen Verkehr zur Verfügung stehen, während der Konsum von Nahrungsmittel oder Wohnenergie bzw. Mietkosten alternativlos sind. Zudem zeigt

Grafik 3: Anteil des Lebenshaltungskostenanstiegs an der Gesamtinflation (Februar 2022, in %)



Grafik 4: Haushaltsausgaben und Einkommen (2020, monatlich, in EUR)



Quelle: Statistik Austria, UniCredit Research

Starker Anstieg der Treibstoffpreise für die meisten betroffenen Haushalte leistbar, Nahrungsmittel und Wohnenergie hingegen nicht

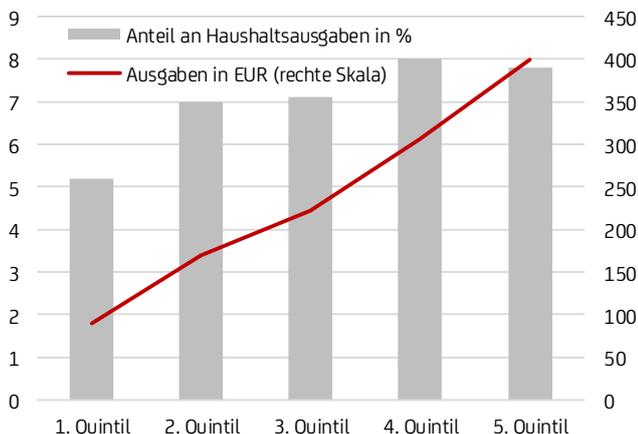
sich, dass der Anteil der Ausgaben für den Betrieb privater Verkehrsmittel an den gesamten Haushaltsausgaben mit steigenden Einkommen überproportional stark zunimmt. So beträgt der Anteil der Haushaltsausgaben für den Betrieb privater Verkehrsmittel im untersten Einkommensquintil nur 5 Prozent, während im obersten Einkommensquintil der Anteil mit rund 8 Prozent um über 50 Prozent höher liegt. Das bedeutet, dass der starke Anstieg der Treibstoffpreise einkommensstarke Haushalte, die oft mehrere PKWs mit höherem Leistungsvermögen und Treibstoffverbrauch erhalten, deutlich stärker belastet als einkommensschwache Haushalte, die oft gar nicht über ein privates Verkehrsmittel verfügen. Die Belastung trifft somit stärker Haushalte mit einer hohen Sparquote, die den Kostenanstieg über vorhandene Rücklagen ausgleichen können, ohne den Konsum einschränken zu müssen.

Energiekostenausgleich, aber wie?

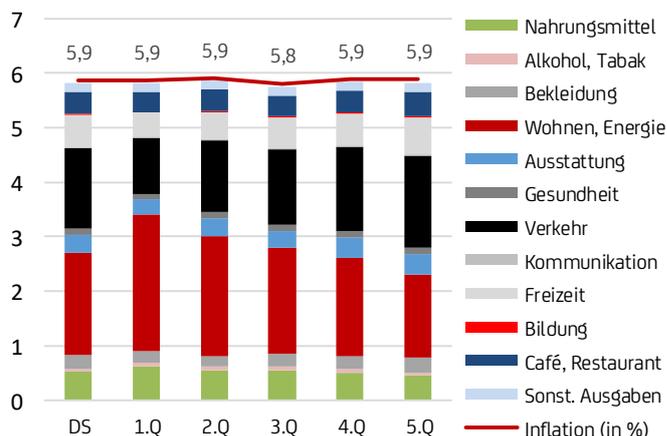
Energiekostenausgleich zielgerichtet auf betroffene Einkommensgruppen und ausschließlich für relevante Haushaltsausgaben sinnvoll

Während die Inflation insgesamt für alle Einkommensgruppen bei gegebenem Ausgabeverhalten weitgehend ähnlich hoch ausfällt (Siehe Grafik 6), sorgt der starke Anstieg der notwendigen Lebenshaltungskosten vor allem für Nahrungsmittel und Wohnenergie für eine überdurchschnittliche Belastung für einkommensschwächere Haushalte. Die unterschiedlichen Ausgabenanteile für diese stark steigenden Lebenshaltungskosten haben wichtige makroökonomische Auswirkungen. Die Konsumneigung ist in den unteren Einkommensgruppen deutlich höher, einfach weil sie sich an oder nahe ihrer Budgetgrenze befinden. Daraus folgt unter anderem, dass fiskalpolitische Maßnahmen zur Minderung der steigenden Lebenshaltungskosten nicht nur aus Gründen der Fairness, sondern auch aus wirtschaftlichen Gründen auf die niedrigsten Einkommensgruppen und ausschließlich auf notwendige Lebenshaltungskosten ausgerichtet sein sollte. Daher ist nach unserer Einschätzung direkten Transfers zur Unterstützung der Miet-, Wohnenergie und Nahrungsmittelkosten für besonders betroffene Haushalte bzw. einer Anpassung der Lohn- und Einkommenssteuer für einen angedachten Energiekostenausgleich Vorrang einzuräumen. Bei allgemeinen, wenig zielgerichtete Maßnahmen, wie einer (temporären) Absenkung der Mehrwertsteuer vor allem bei den Treibstoffpreisen, der Mineralölsteuer oder einer generelle Erhöhung der Pendlerpauschale besteht die Gefahr der Subventionierung von einkommensstarken Haushalten mit hoher Sparquote durch weniger einkommensstarke Haushalte an der Budgetgrenze.

Grafik 5: Ausgaben für den Betrieb privater Verkehrsmittel (Anteil an Gesamtausgaben in % bzw. in EUR, 2020)



Grafik 6: Inflation der Haushalte nach Einkommensquintile (Februar 2022, in % mit Anteilen der Hauptausgaben Gruppen)



Quelle: Statistik Austria, UniCredit Research

Zum Weiterlesen:

UniCredit Bank Austria Homepage: Alle Prognosen und Analysen der Abteilung Economics & Market Analysis Austria auf <http://wirtschaft-online.bankaustria.at>

Bank Austria Economic News: Die neuesten Veröffentlichungen der Abteilung Economics & Market Analysis Austria direkt in Ihrem Posteingang. Anmeldung per E-Mail unter econresearch.austria@unicreditgroup.at.

Sollten Sie Fragen haben schicken Sie uns ein E-Mail unter econresearch.austria@unicreditgroup.at.

Ohne unser Obligo:

Diese Publikation ist weder eine Marketingmitteilung noch eine Finanzanalyse. Es handelt sich lediglich um Informationen über allgemeine Wirtschaftsdaten. Trotz sorgfältiger Recherche und der Verwendung verlässlicher Quellen kann keine Verantwortung für Vollständigkeit, Richtigkeit, Aktualität und Genauigkeit übernommen werden.

Unsere Analysen basieren auf öffentlichen Informationen, die wir als zuverlässig erachten, für die wir aber keine Gewähr übernehmen, genauso wie wir für Vollständigkeit und Genauigkeit nicht garantieren können. Wir behalten uns vor, unsere hier geäußerte Meinung jederzeit und ohne Vorankündigung zu ändern. Die in der vorliegenden Publikation zur Verfügung gestellten Informationen sind nicht als Empfehlung zum Kauf oder Verkauf von Finanzinstrumenten oder als Aufforderung, ein solches Angebot zu stellen, zu verstehen. Diese Publikation dient lediglich der Information und ersetzt keinesfalls eine individuelle, auf die persönlichen Verhältnisse der Anlegerin bzw. des Anlegers (z. B. Risikobereitschaft, Kenntnisse und Erfahrungen, Anlageziele und finanziellen Verhältnisse) abgestimmte Beratung. Die vorstehenden Inhalte enthalten kurzfristige Markteinschätzungen. Wertentwicklungen in der Vergangenheit lassen keine Rückschlüsse auf die zukünftige Entwicklung zu.

Impressum

Angaben und Offenlegung nach §§ 24 und 25 Mediengesetz:

Herausgeber und Medieninhaber:

UniCredit Bank Austria AG

1020 Wien, Rothschildplatz 1

Unternehmensgegenstand: Kreditinstitut gem. § 1 Abs.1 Bankwesengesetz

Vertretungsbefugten Organe (Vorstand) des Medieninhabers:

Robert Zadrazil, Daniela Barco, Philipp Gamauf, Dieter Hengl, Georgiana Lazar, Wolfgang Schilk

Aufsichtsrat des Medieninhabers:

Gianfranco Bisagni, Ranieri De Marchis, Livia Aliberti Amidani, Richard Burton, Adolf Lehner, Aurelio Maccario, Herbert Pichler, Mario Pramendorfer, Eveline Steinberger-Kern, Judith Maro, Roman Zeller

Beteiligungsverhältnisse am Medieninhabergemäß § 25 Mediengesetz:

UniCredit S.p.A. hält einen Anteil von 99,996% der Aktien am Medieninhaber (unter folgendem Link <https://www.unicredit-group.eu/en/governance/shareholder-structure.html> sind die wesentlichen, an der UniCredit S.p.A. bekannten Beteiligungsverhältnisse ersichtlich.)

Der Betriebsratsfonds der Angestellten der UniCredit Bank Austria AG, Region Wien, sowie die Privatstiftung zur Verwaltung von Anteilsrechten (Stifter: Anteilsverwaltung-Zentralsparkasse; Begünstigter: WWTF – Wiener Wissenschafts-, Forschungs- und Technologiefonds) sind mit einem Anteil von zusammen 0,004% am Medieninhaber beteiligt.